

RFNP-Änderung 19 HER – Jürgens Hof

Teil A: Begründung

1	Anlass und Erfordernis der Änderung	2
2	Planungsrechtliche Vorgaben	2
2.1	Vorgaben des Landesentwicklungsplans (LEP)	2
2.2	Vorgaben des RFNP	3
2.3	Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung	4
2.4	Darstellungen/Festsetzungen des Landschaftsplanes/der Landschaftspläne	4
2.5	Bebauungsplanung	4
2.6	Sonstige informelle Planungen	4
3	Gegenstand der Änderung	4
3.1	Geltungsbereich, Lage und Beschreibung des Änderungsbereiches	4
3.2	Bedarfsnachweis	5
3.3	Änderung der zeichnerischen Festlegung/Darstellung	5
3.4	Auswirkung der Änderung auf den flächennutzungsplanerischen oder den regionalplanerischen Teil des RFNP	5
3.5	Alternative Entwicklungsmöglichkeiten	5
4	Darstellung von (änderungsbezogenen) Gutachten oder Studien	5
5	Sonstige Belange	6
5.1	technische Infrastruktur	6
5.2	Altlasten	6
5.3	Lärm	6
5.4	Bodendenkmalpflege	6
6	Verfahrensablauf	7
6.1	Bisheriges Verfahren/Verfahrensschritte	7
6.2	Benehmen/Einvernehmen des RVR	7
6.3	Umgang mit den Stellungnahmen	7
6.4	Weiteres Verfahren	7
7	Flächenbilanz / Monitoring	8

Stand: März 2015

Teil B: Umweltbericht

Teil A: Begründung

1 Anlass und Erfordernis der Änderung

Der Änderungsbereich umfasst einen ca. 8,8 ha großen Bereich nördlich der Straßen Jürgens Hof und Schachtstraße im Stadtteil Horsthausen Elpeshof im Stadtbezirk Sodingen der Stadt Herne. Der Bereich ist im wirksamen Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP) bislang als Gemeinbedarfsfläche Bildung / Allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt. Die Gemeinbedarfsfläche fasst den Standort einer Hauptschule, einer Grundschule, eines Sportplatzes und einen Teilstandort einer Behindertenwerkstatt zusammen.

Im Rahmen einer planerischen Gesamtkonzeption für den Stadtteil Horsthausen wird die Grundschule Langforthstraße zusammen mit einer weiteren Grundschule am bisherigen Standort der aufgelösten Hauptschule Jürgens Hof zusammengelegt. Der Sportplatz Jürgens Hof wird zu Gunsten der Weiterentwicklung einer anderen Sportanlage im Stadtteil zu einem Fußballzentrum aufgegeben. Die einen Bereich von ca. 3,1 ha umfassenden Grundstücke von bisheriger Grundschule und bisherigem Sportplatz sollen vermarktet und baulich entwickelt werden.

Ziel der Entwicklung der Fläche ist die Schaffung eines attraktiven Wohngebiets mit großzügig bemessenen Freiflächen sowie hoher städtebaulicher und architektonischer Qualität, das mindestens 30 Wohneinheiten, Seniorenwohnen (*„innovative Wohnformen für ältere Menschen“*) sowie eine Ergänzung im Bereich der sozialen Infrastruktur und / oder Nahversorgungsangeboten entlang der Langforthstraße umfassen soll. Zwischen beiden Nutzungsschwerpunkten wird eine große Durchlässigkeit für Fußgänger und Radfahrer angestrebt.

Die grundsätzlichen Tatbestandsvoraussetzungen für einen Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB sind zwar gegeben, aus Gründen der Rechtssicherheit soll der für die Entwicklung der Fläche erforderliche Bebauungsplan jedoch im Regelverfahren aufgestellt werden. Dies erfordert die parallele Änderung des Regionalen Flächennutzungsplans. Mit der Änderung lediglich des für eine Bebauung vorgesehenen zentralen Teils der im RFNP dargestellten Gemeinbedarfsfläche würden zwei isolierte Gemeinbedarfsflächen deutlich unterhalb der Regeldarstellungsschwelle des RFNP in der Plandarstellung verbleiben. Um dies zu vermeiden soll mit der Änderung der gesamte bislang als Gemeinbedarfsfläche dargestellte Bereich flächennutzungsplanerisch geändert und künftig als Wohnbaufläche dargestellt werden.

2 Planungsrechtliche Vorgaben

2.1 Vorgaben des Landesentwicklungsplans (LEP)

Für die Änderung sind insbesondere die folgenden Ziele des geltenden Landesentwicklungsplans von 1996 zu beachten:

C.1.2.1: „Regional- und Bauleitplanung haben durch Darstellung und Festsetzung ausreichender Wohnsiedlungsbereiche, Bauflächen und Baugebiete in den Gebietsentwicklungs-, Flächennutzungs- und Bebauungsplänen die Baulandversorgung für den regionalen und kommunalen Bedarf sicherzustellen.“

C.1.2.2: „Bevor unbesiedelter Freiraum zum Zwecke der Wohnungsversorgung in Anspruch genommen wird, sind – soweit städtebaulich verträglich und ökologisch vertretbar – die Möglichkeiten zur Mobilisierung von Bauland auf innerstädtischen Flächen auszuschöpfen. Dabei kommt dem übergemeindlichen Flächenausgleich besondere Bedeutung zu.“

Die Planänderung dient der bedarfsgerechten Wohnbauandversorgung und sieht hierfür die Mobilisierung einer innerstädtischen, baulich bzw. infrastrukturell vorgenutzten Brachfläche vor. Die Planung entspricht damit den genannten Zielen des LEP.

Die Landesregierung hat am 25.06.2013 beschlossen, das Beteiligungsverfahren zum Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans einzuleiten. Die in Aufstellung befindlichen Ziele des LEP stellen somit gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 4 Raumordnungsgesetz sonstige Erfordernisse der Raumordnung dar und sind bei raumbedeutsamen Planungen zu berücksichtigen. Insbesondere folgende in Aufstellung befindliche Ziele des neuen LEP sind für die Änderung relevant:

- 6.1-1 Ziel Ausrichtung der Siedlungsentwicklung: „Die Siedlungsentwicklung ist bedarfsgerecht und flächensparend an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotentialen auszurichten.“
- 6.1-6 Ziel Vorrang der Innenentwicklung: „Planungen und Maßnahmen der Innenentwicklung haben Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich. Die gezielte Erhaltung und Neuschaffung von Freiflächen im Innenbereich aus städtebaulichen Gründen ist hiervon unbenommen.“
- 6.1-8 Grundsatz Wiedernutzung von Brachflächen: „Durch Flächenrecycling sollen Brachflächen neuen Nutzungen zugeführt werden. Eine Neudarstellung von Siedlungsflächen auf Freiflächen soll nur erfolgen, wenn auf der Grundlage des Siedlungsflächenmonitorings nachgewiesen wird, dass keine geeigneten Brachflächen zur Verfügung stehen. Zu den Nachfolgenutzungen regionalbedeutsamer Brachflächen soll frühzeitig ein regionales Konzept erarbeitet werden. Dabei sollen isoliert im Freiraum liegende Flächen einer Freiraumnutzung zugeführt werden. Im Hinblick auf die Wiedernutzung ggf. belasteter Brachflächen soll der Altlastenverdacht im Planungsprozess frühzeitig geklärt werden.“
- 6.2-1 Ziel Zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche: „Die Siedlungsentwicklung in den Gemeinden ist auf solche Allgemeine Siedlungsbereiche auszurichten, die über ein räumlich gebündeltes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen verfügen (zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche).“

Die Planung entspricht diesen in Aufstellung befindlichen Zielen der Raumordnung.

2.2 Vorgaben des RFNP

Für die Planung relevante textliche Ziele und Grundsätze der Raumordnung des RFNP sind insbesondere folgende:

- Ziel 5 (Angemessene Versorgung mit Wohnbauflächen sichern): „(1) Im Plangebiet ist eine ausreichende Versorgung mit Wohnbauflächen/ASB für alle Segmente des Wohnungsmarktes sicherzustellen, die den unterschiedlichen Bedürfnissen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen gerecht wird. (2) In den Wohnsiedlungsbereichen ist ein ausgewogenes Verhältnis von Ein- und Zweifamilienhäusern zu Mehrfamilienhäusern einschließlich Sozialwohnungen sicher zu stellen.“
- Grundsatz 21 (Nachnutzung aufgegebener öffentlicher Einrichtungen): „*Die Flächen aufgegebener öffentlicher Einrichtungen sollen stadtverträglich nachgenutzt werden.*“

Die Planung entspricht den in diesen Zielen und Grundsätzen formulierten Vorgaben.

2.3 Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung

Im Regelfall ist nach § 34 LPlG für Flächennutzungspläne bzw. Flächennutzungsplanänderungen und für nicht aus dem FNP entwickelte Bebauungspläne ein landesplanerisches Anpassungsverfahren durchzuführen. Zur Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung hat die Gemeinde dazu bei der Regionalplanungsbehörde anzufragen, welche Ziele für den Planungsbereich vorliegen. Der Regionalplan und damit auch der regionalplanerische Inhalt des RFNP, den die Planungsgemeinschaft in eigener Verantwortung festlegt, nehmen hingegen nicht am landesplanerischen Zielanpassungsverfahren teil.

Für die bauleitplanerischen Inhalte des RFNP ist nach Auffassung des RVR als Regionalplanungsbehörde ebenfalls kein landesplanerisches Zielanpassungsverfahren erforderlich. Der RVR ist am Verfahren aber ohnehin beteiligt (siehe auch 6.2), so dass eine Prüfung der landesplanungsrechtlichen Belange sichergestellt ist.

2.4 Darstellungen/Festsetzungen des Landschaftsplanes/der Landschaftspläne

Der Änderungsbereich liegt nicht im Geltungsbereich des Landschaftsplans.

2.5 Bebauungsplanung

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Herne hat die Verwaltung auf seiner Sitzung am 09.07.2013 beauftragt, die zu entwickelnden Grundstücke innerhalb des Änderungsbereichs auf Grundlage eines Exposés auszuschreiben. Ein entsprechender Ratsbeschluss ist am 30.07.2013 erfolgt. Die Aufstellung eines Bebauungsplans soll parallel zur Änderung des RFNP erfolgen.

2.6 Sonstige informelle Planungen

Die Verlagerung des Grundschulstandorts und die Aufgabe des Sportplatzes sind Bestandteile einer in einem Maßnahmenbündel zur Weiterentwicklung städtischer Einrichtungen und Flächen bestehenden planerischen Konzeption für den Stadtteil Herne-Horsthausen.

Die zu entwickelnden Flächen innerhalb des Änderungsbereichs sind unter der Bezeichnung „Sodingen 9 – Jürgens Hof“ Bestandteil der am 09.07.2013 vom Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Herne beschlossenen Fortschreibung des Programms zur Entwicklung von Wohnbaulandflächen (WEP).

Die grundsätzlichen städtebaulichen Zielsetzungen für die Entwicklung der Fläche und die planungsrechtlichen Rahmenbedingungen sind in einem Exposé zusammengestellt worden, auf dessen Grundlage der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Herne am 09.07.2013 (entsprechender Ratsbeschluss am 30.07.2013) die Verwaltung beauftragt hat, die zu vermarktenden Grundstücke innerhalb des Änderungsbereichs auszuschreiben.

3 Gegenstand der Änderung

3.1 Geltungsbereich, Lage und Beschreibung des Änderungsbereiches

Der Änderungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 8,8 ha, die sich nördlich der Straßen Jürgens Hof und Schachtstraße, sowie südlich der Autobahn A 42 und des angrenzenden kleinen Waldbereichs sowie von Standortbereichen einer Behindertenwerkstatt im Ortsteil Elpeshof des Stadtteils Horsthausen im Stadtbezirk Herne Sodingen befindet.

3.2 Bedarfsnachweis

Herne verfügte 2011 gemäß ruhrFIS – Flächeninformationssystem Ruhr über 34,8 ha anzurechnende Wohnbauflächenpotenziale. Das entspricht einem Anteil von 1,7% an den gesamten Wohnbauflächen und 0,2 ha Wohnbauflächenpotenzialen pro 1.000 Einwohner, was jeweils zu den geringsten Werten im Ruhrgebiet gehört.

Die 2013 vom European Centre for Housing Research (ECHR) im Auftrag der Stadt vorgelegte Strukturelle Wohnungsmarktanalyse für Herne weist nach, dass die Mobilisierung von Bauland für Neubauvorhaben in Herne trotz sinkender Bevölkerungs- und Haushaltszahlen eine zentrale Aufgabe der Wohnungspolitik und Stadtentwicklung bleibt, ohne die die bestehende qualitative Neubaunachfrage nicht zu realisieren ist.

Beim Änderungsbereich handelt es sich – insoweit die Fläche ein Bauflächenpotenzial darstellt – um ein im Sinne der Bodenschutzklausel des § 1a Abs. 2 BauGB vorrangig in Anspruch zu nehmendes baulich bzw. infrastrukturell vorgenutztes Innenentwicklungspotenzial. Mit der Planänderung wird keine Erweiterung der flächennutzungsplanerisch dargestellten Bauflächenkulisse, sondern lediglich eine Verschiebung zwischen Gemeinbedarfs- und Wohnbaufläche innerhalb des Allgemeinen Siedlungsbereiches vorgenommen.

3.3 Änderung der zeichnerischen Festlegung/Darstellung

Im Änderungsbereich wird die zeichnerische Darstellung von Gemeinbedarfsfläche (Bildung) / Allgemeiner Siedlungsbereich in Wohnbaufläche / Allgemeiner Siedlungsbereich geändert.

3.4 Auswirkung der Änderung auf den flächennutzungsplanerischen oder den regionalplanerischen Teil des RFNP

Die Änderung bezieht sich lediglich auf den bauleitplanerischen Teil des RFNP. Die regionalplanerische Festlegung Allgemeiner Siedlungsbereich bleibt unverändert.

3.5 Alternative Entwicklungsmöglichkeiten

Bei den von einer geplanten Änderung der Nutzung betroffenen Teilen des Änderungsbereichs handelt es sich um öffentlich als Grundschulstandort bzw. als Sportplatz vorgenutzte Flächen. in integrierter städtischer Lage. Als alternative Entwicklungsmöglichkeit wäre lediglich eine freiraumbezogene Folgenutzung denkbar. Die Fläche weist aber lagebedingt kein relevantes Potenzial zur Grünvernetzung auf. Eine bauliche Nutzung der Fläche ist andererseits städtebaulich und infrastrukturell sinnvoll und fiskalisch erforderlich. Die angestrebte Nutzungsmischung aus Wohnen und Dienstleistungen ist standortgerecht.

Alternativen zur Darstellung zusätzlicher Wohnbauflächen innerhalb des Siedlungszusammenhangs sind in Herne insgesamt und insbesondere im Stadtbezirk Sodingen nicht erkennbar.

4 Darstellung von (änderungsbezogenen) Gutachten oder Studien

Für den Bereich der RFNP-Änderung wurde eine Artenschutzrechtliche Vorprüfung (ASP Stufe I) durchgeführt, die zu dem Ergebnis kommt, dass keine konkreten Hinweise auf das Vorkommen „planungsrelevanter“ Arten bestehen.

Für den Bereich des Außengeländes bisherigen Grundschulstandortes und den Bereich des Sportplatzes liegen Bodenuntersuchungen vor. Die aufgefundenen Altlasten im Bereich des Außengeländes der bisherigen Grundschule wurden gesichert. Im Bereich des Sportplatzes wurden hochgradig mit kokereispezifischen Stoffen belastete Böden vorgefunden.

Für den Bereich der neu geplanten Wohnnutzung liegt ein schalltechnisches Prognosegutachten vor, das die grundsätzliche Realisierbarkeit einer Wohnnutzung nachweist.

5 Sonstige Belange

5.1 Technische Infrastruktur

Der neu zu nutzende Teil des Änderungsbereichs ist über die Straßen Jürgens Hof und Langforthstraße erschlossen. Die Bushaltestelle Langforthstraße, die von den Buslinien 333 und NE 31 im 20-Minuten-Takt bedient wird, befindet sich in ca. 300 Metern Entfernung zur Fläche. Der Herner Bahnhof ist mit dem Bus in acht Minuten erreichbar.

Durch den Änderungsbereich verläuft im Bereich der Langforthstraße innerhalb eines grundbuchlich gesicherten Schutzstreifens eine Gasfernleitung.

5.2 Altlasten

Im Bereich des Sportplatzes und der Grundschule befinden sich angeschüttete Böden unbekannter Herkunft. Der Boden im Bereich der Grundschule wurde bereits 2001 untersucht, dabei wurde festgestellt, dass Teilflächen mit kokereispezifischen Stoffen belastet sind, die durch Abdeckung mit sauberem Boden gesichert wurden. Im Bereich des Sportplatzes wurden aktuell ebenfalls hochgradig mit kokereispezifischen Stoffen belastete Böden vorgefunden. Es ist davon auszugehen, dass vor einer Neunutzung der Fläche Sicherungs- und Sanierungsmassnahmen erforderlich sind.

5.3 Lärm

Der Änderungsbereich liegt ca. 100m südlich der Autobahn A 42. Lärmeinwirkungen werden auch durch die ca. 400m südlich des Gebiets in Hochlage verlaufende Trasse der Köln-Mindener Eisenbahn verursacht. Die grundsätzliche Realisierbarkeit einer Wohnnutzung wurde durch ein schalltechnisches Prognosegutachten nachgewiesen. Die Erstellung eines vertiefenden Lärmgutachtens und die Festsetzung von Schallschutzmaßnahmen sind im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren erforderlich.

5.4 Bodendenkmalpflege

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt/Gemeinde als Unterer Denkmalbehörde und/oder der LWL-Archäologie in Westfalen, Außenstelle Olpe (Telefon: 02761/93750, Fax 02761/937520) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§§ 15 u. 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monaten in Besitz zu nehmen (§ 16 Abs. 4 DSchG NW).

6 Verfahrensablauf

6.1 Bisheriges Verfahren/Verfahrensschritte

Das Änderungsverfahren wurde durch gleichlautenden Beschluss der Räte der an der Planungsgemeinschaft beteiligten Städte eingeleitet.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit fand im Zeitraum vom 03.02.2014 bis 03.03.2014 statt. Die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und das Scoping zur Ermittlung von Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung erfolgten im selben Zeitraum.

Der Auslegungsbeschluss wurde zwischen dem 25.09.2014 und dem 17.11.2014 durch die Räte der Planungsgemeinschaft gefasst. Die anschließende öffentliche Auslegung sowie die förmliche Beteiligung fanden vom 05.01.2015 bis 05.02.2015 statt.

Mit dem Aufstellungsbeschluss (entspricht nach LPIG dem abschließenden Planbeschluss) wird das RFNP- Änderungsverfahren beendet.

Nach Beschlussfassung wird das Änderungsverfahren der Landesplanungsbehörde (Staatskanzlei NRW) zur Genehmigung eingereicht. Mit Veröffentlichung der erteilten Genehmigung im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW und in den amtlichen Verkündungsorganen der Städte wird die Änderung des RFNP Ziel der Raumordnung bzw. wirksam.

6.2 Benehmen/Einvernehmen des RVR

Seit Oktober 2009 ist der Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) zuständiger Träger der staatlichen Regionalplanung im Ruhrgebiet. Der RVR wird daher mittelfristig einen Regionalplan für das gesamte Ruhrgebiet erarbeiten, der den RFNP in seiner Teilfunktion als Regionalplan ablöst. Nach der Überleitungsvorschrift zum RFNP des § 39 LPIG kann die Planungsgemeinschaft den RFNP nach den Vorschriften des § 25 LPIG-alt ändern. Diese Regelung gilt bis zum Aufstellungsbeschluss (hierbei handelt es sich nach LPIG um den abschließenden Planbeschluss) des Regionalplans Ruhr durch die Verbandsversammlung des RVR bzw. bis zum 31.12.2015. Hinsichtlich der regionalplanerischen Inhalte des RFNP ist dabei bis zum verfahrenseinleitenden Erarbeitungsbeschluss des Regionalplans Ruhr das Benehmen danach das Einvernehmen mit dem RVR herzustellen. Da das Änderungsverfahren 19 HER lediglich den bauleitplanerischen Teil des RFNP betrifft, ist eine Benehmensherstellung mit der Verbandsversammlung nicht erforderlich.

6.3 Umgang mit den Stellungnahmen

Im Rahmen der frühzeitigen und der förmlichen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Bürger sind keine wesentlichen Bedenken vorgetragen worden, die zu einer Änderung der Planung geführt haben. Aufgrund vorgetragener Hinweise und Anregungen von beteiligten Trägern öffentlicher Belange wurde die Begründung entsprechend angepasst. Eine Änderung der Plandarstellung erfolgte nicht.

6.4 Weiteres Verfahren

Auf der Grundlage der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Bürger wurde der Entwurf zur Änderung des RFNP erarbeitet. Dieser ist Grundlage des Beschlusses zur öffentlichen Auslegung und der anschließenden förmlichen Offenlage selbst. Bei wesentlichen Änderungen des Planentwurfs nach der Offenlage ist gem. § 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 3 LPIG erneut auszulegen. Mit dem Aufstellungsbeschluss (entspricht nach LPIG dem abschließenden Planbeschluss) wird das RFNP- Änderungsverfahren beendet. Danach ist die Genehmigung durch die Landesplanungsbehörde (Staatskanzlei

NRW) erforderlich. Mit Veröffentlichung der erteilten Genehmigung im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW und in den amtlichen Verkündungsorganen der Städte wird die Änderung des RFNP wirksam.

7 Flächenbilanz / Monitoring

bestehende Darstellung		Fläche (ha)	neue Darstellung		Fläche (ha)
FNP- Ebene	Regionalplan- Ebene		FNP- Ebene	Regionalplan- Ebene	
Gemeinbedarfsfläche (Bildung)	Allgemeiner Siedlungsbereich	8,8	Wohnbaufläche	Allgemeiner Siedlungsbereich	8,8
Summe		8,8	Summe		8,8

Nach der Richtlinie 2001/42/EG über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme, dem Baugesetzbuch, dem Landesplanungsgesetz NRW und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (§ 14m UVPG) sind die erheblichen Auswirkungen der Durchführung der Pläne und Programme auf die Umwelt zu überwachen, um insbesondere frühzeitig unvorhergesehene, negative Auswirkungen zu ermitteln und geeignete Abhilfemaßnahmen ergreifen zu können.

Die Durchführung des RFNP erfolgt in nachgeordneten, konkretisierenden Planungs- und Realisierungsstufen, sodass (unvorhergesehene) erhebliche Umweltauswirkungen frühestens im Rahmen der nachfolgenden Planungsstufen erkennbar werden und erst mit deren Durchführung tatsächlich eintreten. Detaillierte Überwachungsmaßnahmen können somit erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bzw. nachfolgenden Planungs- u. Genehmigungsebenen festgelegt werden. Sofern sich eine Relevanz ergibt, fließen die dortigen Ergebnisse wiederum in das Monitoring zum RFNP ein.

Das Monitoringkonzept für den RFNP (Gesamtplan) ist so aufgebaut, dass mit Hilfe von unterschiedlichen Bausteinen die gesamtträumlichen Auswirkungen der Planung erfasst werden können (siehe Kapitel 11.2 des Umweltberichts im Rahmen der Aufstellung des RFNP i. d. F. der Bekanntmachung). Bei der Durchführung des Monitorings wird dann im Einzelfall überprüft, ob die in der genehmigten Fassung festgelegten Überwachungsinstrumente oder Indikatoren (siehe Kapitel 11, dortige Tabelle 21) an neue Erkenntnisse anzupassen sind. Es können jeweils nur die Indikatoren herangezogen werden, für die zu dem Zeitpunkt des Monitorings aktuelle Informationen vorliegen.

Zur Auswertung der ermittelten Daten werden über die aufgeführten umweltrelevanten Daten hinaus die Ergebnisse der Raumb Beobachtung herangezogen. Bei Bedarf wird innerhalb der Planungsgemeinschaft eine Monitoringkonferenz durchgeführt, um zu ermitteln, welche Relevanz die festgestellten Umweltauswirkungen für den RFNP haben.

Die Änderungen der Flächenbilanzen des Gesamtplanes im Zusammenhang mit den laufenden Änderungsverfahren werden als "gesamtträumliche Betrachtung" ebenfalls im Rahmen des Monitorings fortgeschrieben.

Das Monitoring des RFNP beginnt gemäß genehmigter Fassung sechs Jahre nach Rechtswirksamkeit des Planes, d. h. 2016.